

Bezugspreis:
Bieteljährlich
durch Boten 3,30 M.
Bei den Postämtern
zusätzl. Postgebühren
8 Wk.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
H. Chr. Sommer,
Bad Gms.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Beize der Anzeigen
Die einseitige Klein-
oder Zetteldruck 30 P.
Reklametexte 50 P.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Admstr., M.
Herrnberger Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Rich. Hein, Bad Gms.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 285

Bad Gms, Donnerstag, den 11. Dezember 1919

71 Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Die Beratung der neuen Noten.

M. Berlin, 11. Dez. Die gestrige Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der auch Geheimrat von Simson teilnahm, dauerte von 10 Uhr vormittags bis in die Nachmittagsstunden. Nach Beendigung der Besprechung trat das Reichskabinett zu einer längeren Sitzung zusammen. Die Teilnehmerliste der nach Paris zu entsendenden Kommissionsmitglieder steht lt. „Deutsch. Allg. Btg.“ noch nicht fest.

Beschleunigte Arbeit der Nationalversammlung

M. Berlin, 11. Dez. Wie die Volksrecht-Parlament. Nachrichten erfahren, wird die Nationalversammlung sämtliche Steuererfolge, das Reichsnotopfer und die Petitionsarbeiten unbedingt noch vor Weihnachten erledigen.

Der Wortlaut der Noten.

Der Präsident der Friedenskonferenz, Clemenceau, hat dem Herrn v. Lersner am Montagabend folgende zwei Noten überbringen lassen, die wir in Anbetracht ihrer Wichtigkeit umgekehrt, mit dem im gestrigen Telefonat angegebenen Wenderungen hier mitteilen:

Der Präsident!

Der Oberste Rat hat Kenntnis genommen von der Mitteilung, die Sie am 1. Dezember im Namen der deutschen Regierung gemacht haben. Die Noten vom 1. und 2. November haben die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung bei der Verzögerung der Ratifikation des Friedensvertrags festgestellt, und ihre Schlussfolgerungen bleiben bestehen. Die Anregung wegen eines angeleglichen Rechts Deutschlands (als Ausgleich dafür, daß die amerikanischen Vertreter bis zur Ratifizierung des Vertrags durch die Vereinigten Staaten in der Kommission fehlen), eine Änderung der Vertragsbestimmungen über die Auslieferung der Schuldigen und die Rückkehr der Kriegsgefangenen zu verlangen, ist unbegründet. Nach den Schlussbestimmungen des Vertrags soll dieser in Kraft treten, sobald im Deutschland und drei der alliierten und assoziierten Hauptmächte ratifiziert haben. Ein Versuch Deutschlands, diese Inkraftsetzung von einer neuen Bedingung, nämlich der Abwesenheit der amerikanischen Vertreter in den Kommissionen, abhängig zu machen, wäre vergeblich. Es ist unrichtig, daß der deutsche Standpunkt in dieser Hinsicht am 14. Oktober gebilligt worden sei. Ebenso ist es unrichtig, daß die Herren v. Simson und v. Lersner am 20. November zu mündlichen und schriftlichen Verhandlungen über das Protokoll vom 1. November eingeladen worden seien; es ist ihnen einfach gesagt worden, daß angesichts einer schriftlichen Note die deutsche Regierung schriftlich und lediglich auf die Bedingungen antworten müsse, die darin formuliert waren. Der Oberste Rat ist der Ansicht, daß der Artikel 221 des Friedensvertrages über die Rückkehr der Kriegsgefangenen vollständig klar ist und keiner Ergänzung bedarf. Frankreich hat schon mehrmals erklärt, daß es die Gefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages (dès la mise en vigueur du traité) freilassen werde. Es hat keinen Grund, dies neuerdings zu wiederholen.

Der Oberste Rat vertutelt nur bei den Einwendungen gegen die Forderung für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow und gegen die Aufhebung etwaiger militärischen Zwangsmaßnahmen, die in der Note der Alliierten vom 1. November gemacht worden ist. Eine beigelegte Sondernote gibt Antwort auf die deutsche Note vom 24. November in der Angelegenheit von Scapa Flow. Bevor die alliierten und assoziierten Mächte ihre Forderung stellten, haben sie diese Frage geprüft. Sie teilen die Befürchtungen der deutschen Regierung wegen der wirtschaftlichen Folgen für die deutschen Häfen nicht. Sie halten das Protokoll in seiner bisherigen Fassung aufrecht. Nach Empfang des im Protokoll geforderten vollständigen Verzeichnisses aller Schiffsverluste, Schiffsverluste, Schlepper und Bagger werden die alliierten und assoziierten Mächte die von ihnen getroffenen Anweisungen mitteilen, wobei sie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der deutschen Häfen Rechnung tragen werden. Wenn dann die deutsche Regierung beweisen zu können glaubt, daß eine der genannten Forderungen geeignet ist, Deutschland in der Befriedigung der berechtigten Bedürfnisse für die Aufrechterhaltung der Flussschifffahrt und anderer wirtschaftlichen Lebensinteressen der gleichen Art schwer zu beeinträchtigen, so kann die deutsche Regierung den alliierten und assoziierten Hauptmächten ihre Rückforderungen stellen, und diese Mächte werden ihrerseits bereit sein, sie nach Anhörung der Wiedergutmachungskommission im Geiste der Billigkeit zu prüfen. Was den letzten Paragraphen des Protokolls vom 1. November betrifft, so ist der Oberste Rat der Meinung, daß die Unterzeichnung des Protokolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunden die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und damit den Eintritt des Friedenszustandes herbeiführen. Von diesem Zeitpunkt an wird die Ausführung der Bestimmungen des Protokolls, das die Voraussetzung für das Inkrafttreten des Friedensvertrages bildet, für die Allgemeinheit dieses Vertrags sowie für die vom Völkerbunde anerkannte gewöhnliche Vertragsart gewährleistet. Bis zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages erinnern wir zum letzten Male daran,

daß die Kündigung des Waffenstillstandes genügt, um den alliierten Armeen jede Verechtigung zu militärischen Maßnahmen zu verleihen, die als nötig erachtet werden. In diesem Sinne erwarten wir die unverzügliche Unterzeichnung des Protokolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunden.

Genehmigen Sie usw. gez. Clemenceau.

Die Sondernote

lautet:

Herr Präsident!

Am 27. November haben Sie mir ein Memorandum zugewiesen, in dem sich die deutsche Regierung weigert, die Forderungen zu erfüllen, die die alliierten und assoziierten Mächte in ihrer Note vom 1. November wegen der Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow am 22. Juni 1919 gestellt hatten, und in der sie vorschlägt, diese Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterstellen. Die deutsche Regierung, der der Standpunkt der alliierten und assoziierten Mächte am 28. Juni 1919 mitgeteilt worden war, und die zweimal, am 28. Juni und am 3. September 1919, darauf bezügliche Mitteilungen machte, behauptet heute, daß diese Forderung in nichts eine Verletzung der Verpflichtungen Deutschlands bedeute, daß die zerstörten Kriegsschiffe im Augenblick ihrer Zerstörung nicht zur Auslieferung an die Alliierten bestimmt gewesen wären, und weit mehr noch, daß die Zerstörung der alliierten und assoziierten Mächte selbst zur Last falle, die im Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels 22 des Waffenstillstandes diese Kriegsschiffe nicht in einem neutralen Hafen, sondern in einem feindlichen Interniert hätten. Die alliierten und assoziierten Mächte können in dem deutschen Memorandum nur einen schwer erklärten Versuch erblicken, absichtlich die Inkraftsetzung des Vertrags und die endgültige Wiederherstellung des Friedens hinauszuzögern. In ihrer Note vom 3. September, die sie nach Kenntnisnahme der authentischen Erklärungen des zerstörten deutschen Flottenbefehlshabers Admirals an die alliierten und assoziierten Regierungen gerichtet hatte, hatte die deutsche Regierung, weit entfernt, die ihr in dieser Angelegenheit gegenüber den Alliierten obliegenden Verpflichtungen anzuerkennen, im Gegenteil geltend gemacht, daß der Admiral keineswegs die Absicht gehabt habe, die Verpflichtungen zu verletzen, die die deutsche Regierung hinsichtlich seiner Person eingegangen war. Die deutsche Regierung selbst bekannte ebenfalls an, daß der beschuldigte Admiral bei der Zerstörung der deutschen Flotte auf Grund eines allgemeinen Befehls gehandelt habe. Sie fügte hinzu, daß der Admiral sehr wohl wußte, daß die deutschen Vorgesetzten selbst hinsichtlich der Friedensbedingungen die Anrechnung der Flotte auf die Wiedergutmachungen voraussetzen. Hat nicht der Chef des deutschen Admiralsstabes in Scapa Flow geschrieben: „Wir sind immer noch das Schicksal dieser Schiffe unter dem Druck der Ereignisse gestalten möge, so wird es nicht ohne uns entschieden werden. Es wird von uns selbst angesetzt werden, und eine Auslieferung an den Feind bleibt ausgeschlossen.“ Gerade die auf Befehl der deutschen Regierung erfolgte Herübernahme des deutschen Flottenbestandes in die alliierten und assoziierten Mächte ausliefern sollte, stellt, welches auch immer die persönliche Verantwortung des Admirals v. Reuter und seiner Untergebenen sein mag, die Verletzung des Waffenstillstandes dar und gleichzeitig einen Akt, der auf die Annulierung von Verpflichtungen hinzielt, zu denen bereits die Zustimmung erteilt war, und die man im Begriffe war, endgültig zu unterzeichnen. Schließlich ist es kaum nötig, daran zu erinnern, daß die Wache der Reede von Scapa Flow in Ermangelung eines geeigneten neutralen Hafens in allen Punkten sowohl dem Buchstaben als dem Geiste des Artikels 273 des Waffenstillstandes entspricht. Unter diesen Umständen sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß die deutsche Regierung heute nicht die Verantwortung zurückweisen kann, die ihr zufällt, und nicht in einem Schiedsgericht eine Lösung für einen Streit suchen, dessen Regelung den erwähnten Mächten zusteht. Infolgedessen fordern die alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung auf, entsprechend ihrer Note vom 1. November ohne weiteren Verzug das Protokoll zu unterzeichnen, welches der Austausch der Ratifikationen und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages gestattet und so die Rückkehr zum normalen Leben und die Wiedergutmachung der Leiden der Völker sichert.

Genehmigen Sie, usw. gez. Clemenceau.

Die Instruktion an den deutschen Delegierten v. Lersner.

Durch das Volksbüro wird folgende Kommentar zur ersten Note Clemenceaus verbreitet:
In der ersten Entente-Note ist gleich zu Anfang die Rede von Mitteilungen, die der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation an Clemenceau am 1. Dezember für den Obersten Rat namens der deutschen Regierung gemacht hat. Diese Mitteilungen beruhen auf folgenden Instruktionen:
1. „Die ausgesprochenen Zweifel an der aufrichtigen Haltung Deutschlands, die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung vertritt sich gegen den Vorwurf, für die Verzögerung des Inkrafttretens des Friedensvertrages verantwortlich zu sein. Bereits am 16. Juli haben wir ratifiziert. Seitdem warteten wir darauf, daß die zur Errichtung des ersten Ratifikationsprotokolls erforderliche Zahl ratifizierender Großmächte zusammenkäme. Der deutsche Vertreter in Paris war seit langem mit Vollmachten zur Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls versehen. Erst am 2. Nov. wurden wir davon in Kenntnis gesetzt, daß England, Frankreich und Italien die Ratifikation vollzogen haben. Diese drei Mächte haben aber nicht ihre Bereitschaft erklärt, die Errichtung des Ratifikationsprotokolls ohne weiteres in Kraft zu setzen, sondern haben neue schwere Bedingungen gestellt, die in keiner Beziehung zum Friedensvertrage stehen.“
2. Die deutsche Regierung wünscht nach wie vor schnelle Herstellung des Friedenszustandes durch Inkraftsetzung des Protokolls.
3. Ein größerer Teil der Vertragsbestimmungen steht die Beteiligung Amerikas vor. Sollten diese jetzt ohne Amerika in Kraft gesetzt werden, so ist, wie das auch von der Gegenseite zugegeben wird, eine besondere Vereinbarung zwischen Deutschland und den ratifizierenden Mächten erforderlich, die sich natürlich nicht auf die Bestimmungen über die Gefangenen im Osten beschränken dürfen.
4. Die Forderung, das mit der Note vom 1. November mitgeteilte Protokoll bedingungslos zu unterzeichnen, muß von uns abgelehnt werden. Sie steht im Widerspruch mit den Erklärungen, die Herr Dutasta und Herr Berthelot gegenüber Herrn v. Simson abgegeben haben. Beide Herren haben erklärt, gegen eine mündliche oder schriftliche Diskussion keinen Widerspruch zu erheben. Unsere Einwendungen gegen das Protokoll sind bekannt. Abgesehen von einzelnen Punkten, deren Nichtzustimmung mündlicher Diskussion vorbehalten bleiben kann, die aber keine entscheidende Bedeutung haben oder aber wie die veltliche Frage inzwi- schen erledigt sein werden, kommen als wesentlich Scapa Flow und das Schlupprotokoll in Betracht.
5. Unsererseits müssen wir die Aufnahme einer Bestimmung in das Protokoll vorlegen, nach welcher die Heimkehr der Kriegsgefangenen, die sich noch in Frankreich befinden, um keine andere Bedingung als die im Vertrage vorgesehenen geknüpft werden. Es müssen auch eingehende Bestimmungen über die Durchführung aufgenommen werden.
6. Ich bitte, Herrn Dutasta zu fragen, ob Herr Clemenceau ausländischen Vertretern gesagt hat, daß die Herausgabe von Kriegsgefangenen erfolgen soll, wenn deutsche Zivilarbeiter in das Wiederaufbaugesbiet geschickt sind.
Am Schluß wollen Sie bemerken, daß Herrn von Simsons Haltung von der Regierung gebilligt wird. gez. Waller.“

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 9. Dezember.

Auf der Tagesordnung der heutigen ersten Sitzung der Nationalversammlung steht eine Kundgebung zur Kriegsgefangenen-Frage.

Präsident Fehrenbach macht dazu folgende Mitteilung: Es ist im Laufe dieses Vormittags die Note des Verbandes eingetroffen. Es wird in dieser Note auch die Kriegsgefangenen-Frage behandelt. Eine eingehende Beratung des Kapitels, die natürlich der geplanten Revision des Außenministers vorausgehen muß, hat noch nicht stattgefunden. Es beabsichtigt der Minister des Auswärtigen — wird auch dem Wunsch des Hauses entsprechen — in seinen Ausführungen auch auf den Inhalt der Note einzugehen. Auch das erfordert natürlich vorher eine eingehende Beratung des Kapitels. Ich muß Ihnen deshalb vorschlagen, heute den Gegenstand von der Tagesordnung abzuheben mit dem Vorbehalt, ihn in kürzester Frist abermals auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Haus ist damit einverstanden. Die erste Sitzung wird hierauf geschlossen.

In einer zweiten Sitzung

beginnt nach Erledigung einer Reihe von Anträgen und nach Überweisung des von den Abg. Trimborn und Genossen beantragten Gesetzentwurfes über die Steuernachricht an den Ausschuss die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über das Reichsnotopfer.

Der Abg. Eugenborg erregte in der Nationalversammlung einen Sturm der Entrüstung, der zu minutenlangen lauten Kundgebungen und schließlich zur Unterbrechung der Sitzung führte, als er dem Wirtschaftsminister das, wie er selbst sagte, „furchtbare Wort“ zurief, gegen das sein eigenes Empfinden sich sträube. „Wenn doch einmal Schritt für Schritt das deutsche Volk an die letzte internationale Wirtschaftsklaverlei gelegt werden soll, dann mögen Sie offen und ehrlich gehen, daß die Feinde doch lieber gleich das Ruhrgebiet beisehen sollen.“ Bei diesen Worten brach ein Proteststurm der Linken und des Zentrum aus, so daß der Redner nicht weiter sprechen konnte. Wiederholte Versuche des Vizepräsidenten Hausmann, der gellend die Stille durch das Haus ertönen ließ, mißlangen. So oft Eugenborg wieder anfangen wollte zu sprechen, unterbrachen ihn wilde Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten. Dem Vizepräsidenten blieb, als der Sturm sich nicht legen wollte, nichts übrig, als die Sitzung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen. Aber die Schwierigkeiten, zu einer Einigung über das weitere geschäftsordnungsmäßige Vorgehen zu kommen, waren so erheblich, daß die Unterbrechung ungefähr eine Stunde dauerte. Dann erst trante der Vizepräsident Hausmann die Sitzung mit einer Rede für den Abg. Eugenborg und mit einer Mahnung an das Haus zur Ruhe wieder eröffnen.

Abg. Eugenborg setzt dann seine Rede fort, in der er die schlimme Wirkung des Reichsnotopfers auf unsere Volkswirtschaft ausmalt und in der er besonders auch die Schädlichkeit von Sozialisierungsmaßnahmen nachweist.

Reichsminister Erzberger wandte sich gegen die Bemerkung Eugenbergs über die Bewegung des Ruhrreviers. Aus dem Hause erkundete erregte, dem Abg. Eugenbergs geltende Jurisprudenz: „Landesverräter!“ Mit diesem Worte war man überhaupt heute sehr freigiebig.

Eugenberg sagte, er habe Erzberger schon lange für einen Landesverräter gehalten. Erzberger meinte, daß die neue Steuererhebung keinewegs einseitig die Bewegung des Ruhrreviers betreffen werde. Er glaubt, daß durch die Fassung des Gesetzentwurfs eine Herabsetzung des Kapitals aus den Unternehmungen vermieden werden.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Die besetzten Gebiete.

Nachdem auf dem Rhein. Wie die amerikanische Zeitung „Amor“ mittelt, unterhält die amerikanische Abteilung der internationalen Eisenbahn- und Wasserstraßenkommission jetzt Tag und Nacht zwischen Remagen und Bingen einen Wachdienst auf dem Rhein. Das gleiche tun die Belgier, Franzosen und Engländer in den von ihnen besetzten Gebieten. Kein Boot darf den Rhein ohne besondere Erlaubnis befahren. Dadurch sind Versuche, aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte über den Rhein zu schwimmen, vollständig unmöglich. Die Wache in Remagen prüft die Papiere aller aufwärtskommenden Schiffe, ob sie Kohle oder Munition über den französisch besetzten Bereich hinausführen. Von da aus wird dann die Weiterreise in Koblenz benachrichtigt, die die Schiffe bei der Ankunft anhalten läßt.

Deutschland

Generalfeldmarschall v. Mackensen ist in Danenburg (Pommern) eingetroffen. In seinem Gefolge war außer einer Ehrenkompanie eine Abordnung der Danziger Leibhüfaren, die Mackensen eine Kommandierte, und deren Chef er ist, erschienen. Vor dem Bahnhof hatten zahlreiche Annungen, Vereine und Schulen Aufstellung genommen. Landrat Dr. Krehmann hielt eine Ansprache, für die der Feldmarschall herzlich dankte. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dort eine Heimat zu finden. Der Feldmarschall begab sich nach einer Fahrt durch die festlich geschmückte Stadt, in der er jubelnd begrüßt wurde, nach Groß-Jannowitz, wo er dauernd Wohnsitz nimmt.

Die Beamtenbeförderungskommission für Beamtenfragen beschäftigte sich am 4. Dezember mit einer Reihe von Positionen und nahm in einer eingehenden Aussprache Stellung zu der Frage der Beamtenbeförderungskommission. Es wurde einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Vorarbeiten für die Beamtenbeförderungskommission so zu beschleunigen, daß die Neuregelung am 1. April bestimmt erfolgen kann. Von den Mitgliedern der Beförderungskommission wurde der Wunsch geäußert, daß die wirtschaftliche Lage der Beamten bei der Aufstellung der Tagesordnung der nächsten Sitzung die Frage der Forderungszulagen zu sein.

Die Filmzensur. Die in verschiedenen Parlamenten laut gewordenen Stimmen, daß mit der bisherigen Haltung dem Kino gegenüber gebrochen und eine Filmzensur in irgendeiner Form eingeführt werden müsse, sind ohne Zweifel berechtigt. Eine Konferenz, die vor wenigen Tagen im Reichsministerium des Innern über diese Frage stattfand, brachte darüber endgültige Gewißheit. An der Konferenz nahmen u. a. Sachverständige aus dem Gebiete der Filmindustrie, der Kinospielführer, der Filmproduzenten, des Goethebundes, der Filmkritiker teil. Unter Vorsitz von Dr. Schmidt leitete die Versammlung. Er schilderte die Schäden, die die unbeschränkte Freiheit der Filmindustrie über das Volk gebracht habe, und schlug einen Entwurf vor, wonach die Filmwerke zuerst von einer örtlichen Prüfungsstelle, bestehend aus einem Beamten und zwei Sachverständigen, geprüft würden. Eine Überprüfung sollte für das ganze Reich durch eine in Berlin eingerichtete Stelle werden. Das Verfahren dürfte nicht zu unzulässig sein; in einfachen Fällen könne der staatliche Zensur ohne weiteres die Genehmigung erteilt. Obgleich bei der Besprechung über den Entwurf viele Meinungsverschiedenheiten zutage traten, wurde die Notwendigkeit der Zensur eigentlich von keiner Seite bestritten. Die Regierung schlug für den ersten Paragraphen ihres Entwurfs folgende Fassung vor: „Die Verfassung der Genehmigungen sollte stattfinden, wenn die Vorführung geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden oder das religiöse oder sittliche Empfinden zu verletzen oder verstoßen zu wirken.“ Die endgültige Fassung des Entwurfs steht noch aus. Hoffentlich wird er durch die vereinigten Mitarbeiter von Künsten, Industriellen und Behörden die richtig form finden und damit Wandel in den Kinoindustrien schaffen. Selbstverständlich haben sofort von interessierter Seite Gegenüberstellungen eingelegt, die gegen jede Filmzensur sich richten und gleich die Freiheit der Kunst und andere bekannte Redensarten aufzählen. Die Zahlen davon findet man in der Berliner Tagespresse.

Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Gieseler führte in Dresden vor Prof. Adami und Arbeitsvertretern aus, der Wiederaufbau Frankreichs beginnt im Frühjahr. Die Lieferungen würden voraussichtlich durch die Industrieverbände verteilt. Die Verdienstmöglichkeit sei dabei gering.

Frankreich.

Die neugewählte Kammer trat am Montag nachmittag zum ersten Male zusammen. Die elsaß-lothringischen Abgeordneten hielten nach der Eröffnung gemeinsam ihren Einzug, bei dem sich sämtliche Abgeordneten erhoben und ihnen Beifall klatschten. In seiner Begrüßungsansprache feierte der Alterspräsident Siegfried die Rückkehr der Vertreter von Elsaß und Lothringen in die Kammer als Kennzeichen einer neuen Zeit in der Geschichte Frankreichs. Er forderte alsdann zur Arbeit auf allen Gebieten auf. Um soziale Fortschritte zu erzielen sei die Mitarbeit der Frauen notwendig; er hoffe, daß auch der Senatspräsident der Kammer folgende für das Frauenwahlrecht eintreten werde. Hierauf verlas der Abgeordnete Francois namens der elsaß-lothringischen Abgeordneten eine längere Erklärung, in der er auf den feierlichen Protest der Elsaß-Lothringer gegen die Abtretung in der Nationalversammlung zu Bordeaux am 17. Februar 1871 hinwies. Schon damals hätten die Abgeordneten verkündet, daß der Friedensvertrag von 1871 für sie null und nichtig sei und geschworen, für sich und ihre Kinder, daß sie das Recht der Elsaß- und Lothringer, Mitglieder der französischen Nation zu bleiben, dieser unrechtmäßigen Besitz-

greifung gegenüber stets geltend machen würden. Jetzt schmiedeten die elsaß-lothringischen Abgeordneten die Reihe der gesamtfranzösischen Ueberlieferungen wieder zusammen. Jetzt, da sie ihren Sitz in der französischen Kammer wieder eingenommen, gaben sie Deutschland und der ganzen Welt von neuem zu verstehen, daß Elsaß-Lothringen niemals aufgegeben habe, mit seinem ganzen Herzen der französischen Familie anzugehören, und daß sie die tiefste Befriedigung darüber empfänden, wieder zu ihr zurückzukehren. Nicht mit Unrecht habe Deutschland die Volksabstimmung im Jahre 1918 gelehrt. Die neuen Wahlen hätten bewiesen, daß Deutschland auf seinen Fall mehr das Recht habe, Gebiete zurückzubekommen, die es Kraft des Eroberungsrechtes beiseite habe. Die Erklärung schloß mit dem Satz an die französische Nation und die Verbündeten für die Befreiung der beiden Provinzen und die bebrachten Opfer. Nach dem Abg. Francois sprach Ministerpräsident Clemenceau und sagte dabei laut Weidung der Agentur Havas, unter anderem: Ihr Elsaß- und Lothringer, deren Anwesenheit unter uns so viel Freude nach der Trauer evoziert, seid Zeugen und Wärter dafür, daß trotz der natürlichen und heilsamen Meinungsverschiedenheiten der dauernde Bestand Frankreichs gewährleistet wird durch das nationale Zusammenhalten aller Franzosen. Der heutige Festtag trägt nicht den Charakter eines reinen Glückwunsches. Es ist nötig, daß seine Lehre in Zukunft in dem täglichen Auseinanderhalten der Geister diese Kämpfe überträgt. Wir müssen nun alle Kraft und alle Energie einsetzen, wie sie die Weltgeschichte noch nie gesehen hat, es sei denn in Unternehmungen der Gewalt. Unser Augenmerk wird darauf gerichtet sein, die Politik eines jeden, wer er auch sei, der die Aufrechterhaltung und Organisation des Friedens bedroht, zu zerstören. Ihr, die ihr von Frankreich auf die Erde abgeordnet seid, um die Verantwortlichkeiten zu übernehmen, ihr, die ihr von uns Soldaten und Vögeln berufen worden seid, um die Aufgaben zu lösen, die ihren Sieg vervollständigen müssen, keine Erschlaffung, keine unnützen Hoffnungen! Frankreich will wieder aufgebaut sein. Als Wort! Für die Sozialdemokraten verlas Albert Thomas eine kurze Erklärung, in der er namens der Arbeiterbevölkerung von Elsaß und Lothringen zum Ausdruck brachte, daß auch sie die Desannexion als eine Befreiung ansehe. Die Sozialistische Partei von Elsaß und Lothringen träte entschlossen und ohne Zögern in die französische Gemeinschaft ein. Gegen die Erklärung von Thomas erhoben sich zahlreiche Proteste.

Weihnachtsinserate

finden durch unsere Zeitung die weiteste Verbreitung im ganzen Kreise. Auf Anzeigen, die bis zum 17. ds. Mts. in der Geschäftsstelle eingetroffen sind, wird ein Nachlass von

25%

gewährt. Bei öfterer Wiederholung Rabatt nach vorh. Uebereinkunft

Emser u. Diezer Zeitung

Aus Provinz und Nachbargebieten

!! Aödorf, den 10. Dezember 1919. Pfarrer Neuburg, der bis jetzt hier amtierte, übernimmt die Pfarrstelle in Niederroßbach bei Dillenburg.

!! Limburg, 8. Dez. Durch Beamte des Reichsfinanzministeriums wurden hier 18 Häfler reinen Getreidespirits im Werte von 650 000 Mark, die aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland verschoben werden sollten, beschlagnahmt und der Reichsbrandweinstelle zugeführt.

!! Frankfurt, 10. Dez. In der Abteilung „Wirtverforgung“ des städtischen Lebensmittelamtes sind riesige Ställe an Brotmarken durch die Angestellten ermittelt worden. Der Hauptbrosch war der Kontrolleur Wilhelm Busch. Er hat täglich bis zu 500 Stück entwendet, oder durch die Schalterkassentinnen, die er beaufsichtigte, aus den Kassen abgehobenen Kartenbeständen entwendet lassen. Die gestohlenen Karten verlor Busch für 50 Pfennige das Stück. Die Diebstähle reichen bis Mai zurück. Den Diebstahl hatte Busch mit seiner Helfershelferin, etwa 10 Angestellten des Lebensmittelamtes, in Weinkeipen verurteilt.

!! Frankfurt a. M., 10. Dez. Wie berichtet, verschwanden vor einer Woche aus dem Kassenschatz des Kaufvereins durch angeblich nachlässigen Einbruch 65 000 Mark. Jetzt ergeben die Ermittlungen, daß die im Hause wohnende Monatsfrau Perth Busch mit dem vor Jahresfrist von ihr gefundenen Schranke Schlüssel nachts den Schrank geöffnet und das Geld heranzunehmen hat. Sie erstattete die Summe zurück, verwarf sich aber auf das Verschwinden dagegen, einen Einbruch verübt zu haben, sondern sie wollte lediglich dem Kassierer einen Schachernach spielen.

!! Frankfurt a. M., 8. Dez. Die Tänzerin Marie Berberich wurde nachts in der Schöfergasse in den Rücken geschossen und lebensgefährlich verletzt. Der städtische Beamte Burgheim wurde in der Eichenbergstraße von einem Manne überfallen, schwerverletzt und seiner ganzen Werttasche beraubt. „Wilde“ Autos überfahren am Rosenmarkt einen Mann und in der Gutfeldstraße ein Kind. Die beiden Ueberfahrenen wurden auf der Stelle getötet.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Der Zentralverband der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen. Die Mitglieder der Ortsgruppe Bad Ems hatten sich am Dienstag unter großer Beteiligung v. Habel versammelt. Trotz des schlechten Wetters waren auch die angeschlossenen Nachbarorte Becheln und Kemmenau vertreten. Unter Berücksichtigung der Neuanmeldungen zählt die Ortsgruppe jetzt 235 Mitglieder. Die Verhandlungen erstreckten sich in erster Linie auf Wirtschaftsprüfung. Daran reichten sich Besprechungen des gesamten Weihnachtsfestes, dessen Plan in weiten Kreisen viel Anklang gefunden hat; die Beteiligung wird voraussichtlich sehr groß, wobei eine zweimalige Aufführung des geplanten

Programms in Aussicht genommen wurde. Unter Mitteilungen gab der Vorsitzende bekannt, daß die hiesigen Theatralen zum Preise von 50 Hg. an die Mitglieder abgegeben werden. Außerdem wurde auf Gelegenheit zu kostenloser Ausbildung begabter Kriegswaisen hingewiesen. Auskunft erteilt der Vorstand. — Schöne Fieber zur Laute, in den Pausen von einem als Gast anwesenden Kameraden darboten, verliehen d. Sammlung einen heiligen stillen Charakter. In Zukunft soll die Monatsversammlung immer am 1. Sonntag im Monat stattfinden.

Aus Diez und Umgegend.

Die deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Diez hält heute, abends 7 1/2 Uhr (n. Z.) im „Hof von Holland“ eine Hauptversammlung ab, auf deren Tagesordnung u. a. die Wiederwahl des Vorstandes steht.

Ein Ausflugsplan am Dienstag, nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr, zwei Strahlende der hiesigen Straßenbahn. Ist Schutzwert und sonstigem gut versehen, gelangen sie in die den Vorgarten, und von hier hat der eine sich schon aus einer Höhe von circa 15 Metern herabgelassen und war mit Verletzungen unversehrt angekommen. Seiner Freiheitsstrafe hatte damit ein schnelles Ende gefunden.

Diebstahl. Den eifrigen Bemühungen unserer Polizei ist es gelungen, den f. Bt. gemeldeten Diebstahl (3 Kisten kondensierter Milch) aus dem städtischen Lager aufzuklären. Eine Person, ein jugendlicher städtischer Arbeiter, der im Lager beschäftigt war, ließ des öfteren Milch mitgehen, welche er weiterverkauft. Er wurde festgenommen und ein weiterer Diebstahl festgestellt, der auch den Diebstahl eingeschlossen hat.

Für das launische Publikum, das an den Werktagen weniger Zeit zum Einkauf hat, können wir mitteilen, daß an den kommenden beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, die Geschäfte in unserer Stadt geöffnet sind.

Schöffengericht. Die Ehefrau Elisabeth D. aus Diez ist wegen Anklage fremden Eigentums, (Bettbezugs und Kleidungsstücke) von der Staatsanwaltschaft mit 1 Monat Gefängnis bestraft worden. Hiergegen erhob die Angeklagte Einspruch und die Sache steht nochmals zur Verhandlung. Sie bestritt jede Unkeuschheit. Die Zeugen aussagen, bei welchen die Angeklagte des öfteren unterbricht, bringen jedoch das Gericht zur Ansicht, daß die Anklage aufrecht erhalten werden muß. Das Gericht findet die Angeklagte für schuldig, und verurteilt sie zu 3 Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

Der Schneider Jakob B. aus Wiesbaden hatte im Jahr 1918 als Entgelt für geleistete Arbeit verschiedene Lebensmittel erhalten und sie mit nach seinem Wohnort Wiesbaden genommen. Im Jahre 1919 wurde sie ihm in Pöngschbach durch die dortige Gendarmerie beschlagnahmt, und es wurde Anzeige gegen ihn erstattet. Er erhielt eine Strafbefugnis über 60 — Mark, gegen die er Einspruch erhob, wobei darüber verhandelt werden muß. Ein Vergehen gegen die bestehenden Bestimmungen liegt zweifellos vor, doch erkennt das Gericht die vorgebrachten Entschuldigungen vollkommen an. Ein Schleicherhandel mit den Waren war ausgeschlossen. Die Strafe wird daher vom Gericht auf 20 — Mark herabgemindert. Die Susanne B. aus Diez hat sich des Vergehens gegen die 1. 2 und 3 des Diebstahlsgegesetzes, indem sie im Stadtbad sein junge Buchenstämme abgabte, schuldig gemacht. Sie war deshalb mit 6 — Mark und Einziehung der Säge bestraft worden, wogegen sie Berufung einlegte. Das Gericht kann aber nicht anderer Ansicht in seiner Verhandlung werden und hält die Strafe vollkommen aufrecht.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems.

Verkauf von Zwiebad.

Am Freitag, den 12. ds. Mts., vormittags von 8 Uhr ab gelangt im Verbrauchsmittelamt Zwiebad zum Verkauf. Die Abgabe erfolgt gegen Vorlage der Milchkarte an Kinder bis zu 5 Jahren und Kranke. Für letztere genügt, falls keine Milchkarte vorhanden ist, die Vorlage eines Rezeptes, Krankenscheines oder dgl.

Bad Ems, den 10. Dezember 1919.

Verbrauchsmittelamt.

Abgabe von Torf

Bei der Firma Harry E. Kraft befindet sich ein Vorrat von Torf auf Lager, der sofort abgegeben wird.

Bad Ems, den 10. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Obst- und Gartenbau-Verein.

Samstag den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr im Rheinischen Hof

Vollversammlung

zur Erhaltung der städtischen Gärtnerei

Bad Ems, den 9. Dezember 1919.

Der Vorstand.

Zu Tagespreisen offeriere ich:

Nähmaschinen, Waschmaschinen, Jauchepumpen, Gratzmühlen, Rübenschneller, Häckselmaschinen, ferner eine gebrauchte Handdreschmaschine.

Centrifugen- u. Motorenöl, sowie Leder- u. Wagenfett in guter Qualität.

Jakob Landau, Nassau.

Buchenscheit!

Sowie alle anderen Sorten Brennholz zu kaufen gesucht. Auch übernehme Bestände zum Selbstvertrieb.

Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Mittelbachstraße 4.

Telefon Honka 103.

Best Grunow Romane

Gesucht

2-4 Mann zum Holzfällen pro Raummeter 32 M.

Emser Dampfziegelwerke Balzer & Co., Ems.

Landwirtschaftl. Versammlungen

mit Genehmigung der französischen Behörde statt in:

Rateneinbogen

Dez. 1919, nachmittags 3 Uhr neue Zeit.

Birlenbach

Dezbr. 1919, nachmittags 2 Uhr neue Zeit.

Ordnung: Herr Weil aus Wiesbaden.

Einhöfen

Dezbr. 1919, nachmittags 6 Uhr neue Zeit.

Holzappel

Dezbr. 1919, nachmittags 2 Uhr neue Zeit.

Ordnung: Herr Dr. Horn aus Wiesbaden.

Wittenhausen

Dezbr. 1919, nachmittags 6 Uhr neue Zeit.

Eulzbach

Dezbr. 1919, nachmittags 2 Uhr neue Zeit.

Ordnung: Herr Direktor Heising, Wiesbaden.

Tagesordnung

1. Versammlungen:

Zweck und Ziel der Organisation,

Der augenblickliche Stand des landwirtschaftlichen Organisationswesens,

verschiedenes.

Der Vorstand
der Kreisbauernschaft.

110/1
Das Handelsregister A ist unter Nr. 110 folgendes eingetragen worden:

1. Verbands- und Kolonial, Henke u. Co. Bad Ems.
Gesellschafter: Kaufmann Eberhard Henke in Bad Ems und
Hans Koch in Bad Ems.
Diese Gesellschaft hat am 28. Oktober
begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft sind beide Ge-
sellschafter ermächtigt.

Bad Ems, den 8. Dezember 1919.

Das Amtsgericht.

Parteilpolitik und Schule.

Nach dem Bericht über die sozialdemokr. Parteiver-
sammlung in Bad Ems vom 6. cr. hat Herr Direktor
Wendhorst in Schulangelegenheiten mit einer politischen
Erklärung begonnen. Es dürfte doch richtiger sein,
die Fragen der Erziehung nicht in die Parteipolitik
einbringen.

Mehrere Bürger.

Sportverein Bad Ems 09.

unter Mitwirkung
der Theatervereinigung Bad Ems.

Sonntag, den 14. Dezember 1919,
4 Uhr nachmittags.

in den Sälen des Herrn J. C. Flöck, Bad Ems

10jähr. Stiftungsfest

verbunden mit

Weihnachtsfeier.

Christbaumverlosung, Tombola u. Ball

Zu dieser Feier sind die Mitglieder mit
ihren Angehörigen, sowie Freunde u. Gönner
des Vereins herzlichst eingeladen.

Eintritt für Nichtmitglieder:
Herren 4 Mk. — Damen 2 Mk.

Tanz frei. Kein Weinzwang.

Der Vorstand.

Für die uns anlässlich unserer silbernen

Heirat dargebrachten Glückwünsche und Ge-
schenke danken herzlichst

Familie Emil Guckes.

Bad Ems.

Reiner Kautabak

aus u. dicken Röllchen, sowie Kautabak vom Stock

Prima Rauchtabelle in Paketen.

Adler, Grobschnitt. — Varinas, Mittelschnitt. — Shag-

grob, Krüllschnitt. — Adler-Tabak, Grob- u. Feinschnitt.

u. Halb: 50% Tabakmischung, Paket 1,50 Mk.

im Zigarrengeschäft

Adolf Degenhardt, Nassau a. L.

Mauerstr. 5.

Ausgekämmte Haare

Quantum

Ph. Wissing, Diez a. d. L.

Friseurgeschäft.

(790)

Nachruf.

Im Krankenhause der Barmherzigen Brüder zu Coblenz ver-
schied am 8. d. Mts. nach kurzem Krankenlager Herr

Georg Knopp

Seit 6 Jahren hat der Verstorbene in treuer Pflichterfüllung
seine Kräfte unserm Hause gewidmet und ist uns durch seine
Arbeitsfreudigkeit ein geschätzter Mitarbeiter gewesen.

Sein Andenken werden wir allezeit in Ehren halten.

Bad Ems, den 10. Dezember 1919.

Friedr. Wesseling Wwe.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Sozialdemokratische Partei für den Unterlahnkreis.

Sonntag, den 20. Dezember 1919,
nachm. 2 Uhr in Nassau in der „Krone“:

Kreis-Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden über dessen Tätigkeit.
2. Kassenbericht.
3. Die kommenden Kreistagswahlen.

Anträge zur Generalversammlung müssen bis Freitag, den 18. Dez.
bei Chr. Schäfer, Diez eingereicht sein.

Sämtliche Zahlstellen sind verpflichtet, Delegierte zu entsenden.

Die Kreisleitung.

Im Auftrage: Chr. Schäfer, Diez.

Wellblechgebäude,

für Warenlager oder Arbeitsaufenthalt geeignet, innen mit
Holzverkleidung und Fußboden versehen, heizbar, 8 30 m
lang, 3,60 m br. und 3,60 m hoch, steht zu verkaufen beim
Nieverner Darlehnskassenverein Nievern a. d. L.

Deutschdemokr. Partei für Diez.

Donnerstag, den 11. Dez., abends 7 1/2 Uhr (n. Zeit.)
findet im „Hof von Holland“ eine

Generalversammlung

mit der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes,
statt, zu welcher hiermit die Parteimitglieder dringend
mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen eingeladen
werden.

Der Vorstand.

Das praktische Weihnachtsgeschenk ist immer noch eine gute Zigarre.

Wir empfehlen:

Präsentkistchen von 25 und 50 Stück
Inhalt zum Preise von
Mk. 1.00 bis Mk. 2.50 per Stück.

Alle Marken rein überseeisch und zum Teil
Kubanische Handarbeit.

Ebenso empfehl. wir unser reichhaltiges Lager
in deutsch-amerikanischen- und
englischen Zigaretten, sowie
Rauch- und Kautabak.

Gustav & Paul Labonté

Zigarren- und Zigaretten-Versandhaus,

Limburg a. L. Kornmarkt 5

Telefon Nr. 167.

Brautkränze u. Brautschleier

in grosser Auswahl wieder eingetroffen.

Fritz Bauer, Diez.

[863]

Möbel-Haus

G. Köhl, sen., Lahnstr. 21, Ems.

Ankauf und Verkauf

gebrauchter Möbel u. Einrichtung-
gegenstände aller Art, sowie antike
Möbel, Porzellan, Glas, Zinn usw.
Preis nach: Kundwahl. 185

Weihnachtskerzen

hält zu haben
Franz Kapp, Ems.

Kaufe Möbel

ganze Einrichtungen zum
Höchstwert.

Heinrich Faulhaber,
Coblenz, Rheinstr. 6.
Telefon Nr. 1868.

1-2 Waggon

Runkelrüben

und etwa 150 Ztr.

gelbe Möhren

abzugeben, evtl. gegen Kunst-
stoffe einzutauschen. An-
fragen erb. an

H. J. Theisen,
Hofamt Salscheid
b. Dornhof a. d. Lahn.
Tel. Nassau 75. 1853

Röchin

gesucht von einer franzö-
sichen Familie. Vorstellen
vom 19. Dezember ab in der

Villa Dreis in Ems. 1927

Blauer Rod und

2 Arbeitsröde

zu verkaufen. 185

Anfragen in der Geschäftsstelle

Fingel od. Piano

sofort gegen Kassa zu kaufen
gesucht. Offerte mit Angabe
des Preises unter N. 3. 33
an die Geschäftsstelle. 1854

Wohnung

gekauft

von alt. alleinst. Dame, 2-3
Zimmer, Küche u. Zubehör in
ruhig. m. Hause Kapitol unter
N. 419 an die Geschäftsstelle.

Ein Zimmer u. Küche

ausucht von alleinstehender Dame
Frl. Ang. v. d. N. 4. 8 an
die Geschäftsstelle erbeten. 1821

Suche

für den Haushalt meines alten
Vaters geeignete Persö-
nlichkeit, welche im Kochen
und in allen Hausarbeiten
gut erfahren ist. Hohes Ge-
halt, gute Behandlung und
Verpflegung sichere ich zu.

Franz Steinberg, Bad Ems
Willems-Promenade 3. 1824

Decken gefunden.

Gegen Zulassunggebühr abholen bei
Gall, Marktstr. 59 I, Ems.

30 M! u. mehr ideal Ber-
dienst, Erwerb od.
Rebenerwerb. Wols. Nr. 375. raris.
F. Wagentracht, Verlag, Leipzig.

Dem lieben Franz Loos
die herzlichsten Glück-
wünsche zum Stamm-
halter. (858)

Vivant sequentes puellae
puerique!

Der Stammtisch

u. Klub Schwungrad.

1858

Hell. Boll- &ringe,
Karmierte Heringe,
Fette Backheringe,
Käse, Rührläse.

Ferner: Rührläse, Rührläse,
Büfing, Gränzl, Rührläse,
weiße, rote Rüben, Rührläse,
sowie alle Arten Rührläse.

frisch eingetroffen.

Heinrich Umson, Ems.

Telefon 2. 1858

Achtung!

Kriegsbeschädigte!

Fische bei Frau Schäfer,
Coolenzerstr., Ems. 1863

1863

So lange Vorrat

habe noch

Mandolinen v. 75—200 M.

Gitarren v. 85—300 „

Git.-Zithern v. 50—100 „

Konzertzith. v. 120—250 „

Violinen v. 45—300 „

Ziehharmonik. v. 50—200 „

Mundharmonikas v. 3—20 „

sowie alle Musiknoten
abzugeben.

Eiffa-Verlag

Oberlahnstein.

Verkauf nur ab Lager,
kein Versand. 1858

40,000 M.

1. Hypothek v. Selbsthaber

auszuleihen. Ang. u. Z. 420

an die Geschäftsstelle. 1859

Gebrauchte, gut erhaltene

Schüler-Geige

zu kaufen gesucht. Angeb. unter
N. 3. an die Geschäftsstelle d.
Bl. erbeten. 1855